

Protokolleintrag vom 16.11.2011

2011/426

Interpellation von Albert Leiser (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 11.11.2011: Gas- und Fernwärmeversorgung der Stadt Zürich, Versorgungskonzepte und Massnahmen

Von Albert Leiser (FDP) und Roger Tognella (FDP) ist am 11. November 2011 folgende Interpellation eingereicht worden:

Da ein Grossteil von Zürich-Nord sowohl mit Erdgas- wie mit Fernwärmeleitungen erschlossen ist, hat der Stadtrat von Zürich bereits 1992 beschlossen, dass aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr gleichzeitig zwei parallele Leitungsnetze zu betreiben sind, sondern dass im Fernwärmegebiet Zürich-Nord längerfristig nur noch Wärme von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich als leitungsgebundener Energieträger zum Einsatz kommen soll.

Aus diesem Grund werden die Erdgas-Leitungen bis 1. Juli 2015 in Schwamendingen, bis 1. Juli 2016 in Seebach, bis 1. Juli 2017 in Oerlikon, bis 1. Juli 2018 in Unteraffoltern und bis 1. Juli 2019 in Unterstrass stillgelegt.

Insgesamt werden rund 500 Liegenschaften von der Erdgasleitung abgehängt. Von diesen Liegenschaften können indes nur 150 wirtschaftlich an die Fernwärme angeschlossen werden. Zusätzlich erhalten rund 50 Liegenschaften, die knapp unter der Wirtschaftlichkeitsgrenze liegen, Anschluss.

Rund 300 Liegenschaften werden allerdings über kurz oder lang von Erdgasnetz abgehängt, ohne dass eine Alternative angeboten wird. Die Eigentümer und Mieter dieser Liegenschaften werden bezüglich Heizung aber auch Kochen buchstäblich im Regen stehen gelassen.

Der Stadtrat wird in diesem Zusammenhang gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt ERZ, um die bald vom Erdgasnetz abgehängten und - auch unter gelockerten Wirtschaftlichkeitsanforderungen - nicht ans Fernwärmenetz angehängte Liegenschaften zu unterstützen? Welche Massnahmen sind schon vorgesehen bzw. werden noch geprüft?
2. In welchem Umfang werden in absehbarer Zeit auch in anderen Fernwärmegebieten in der Stadt bei einem Rückzug der Erdgasversorgung ähnliche Problemfälle resultieren, für die keine sinnvolle Versorgungsalternative gefunden werden kann? Welche Konzepte, Prozesse und Massnahmen sind hierfür geplant?
3. Wieso können nicht Gelder aus den an die Stadt Zürich rückverteilten Mitteln der CO₂-Abgabe dafür verwendet werden, um Härtefälle abzufedern?

Mitteilung an den Stadtrat